

Inflation in Deutschland bei 8-Prozent-Marke, Keine telefonische Krankschreibung mehr ab 1. Juni, Steuerreform für mittlere Einkommen?

Inflation in Deutschland bei 8-Prozent-Marke

In Deutschland hat sich im Mai 2022 die Inflation wegen höherer Energie- und Lebensmittelpreise unerwartet stark beschleunigt. Waren und Dienstleistungen kosteten durchschnittlich 7,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt am Montag (30.05.2022) in einer ersten Schätzung mitteilte. Ökonomen hatten nur mit 7,6 Prozent gerechnet, nachdem die Teuerungsrate im April 2022 bei 7,4 Prozent gelegen hatte. Ähnlich hoch war die Inflationsrate zuletzt im Winter 1973/1974, als infolge der ersten Ölkrise die Mineralölpreise ebenfalls stark gestiegen waren. Die Energiepreise stiegen um 38,3 Prozent zum Vorjahresmonat. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich mit 11,1 Prozent überdurchschnittlich. Hinzu kommen Lieferengpässe durch unterbrochene Lieferketten aufgrund der Corona-Pandemie, die ebenfalls viele Waren teurer machen. Experten gehen auch weiterhin davon aus, dass der Inflationsdruck sehr hoch bleiben wird. ([Manager Magazin](#))

Keine telefonische Krankschreibung mehr ab 1. Juni 2022

Die telefonische Krankschreibung läuft nach mehr als zwei Jahren aus. Ab dem 1. Juni müssen Patientinnen und Patienten wieder in die Arztpraxis kommen oder eine Videosprechstunde nutzen, um sich krankschreiben zu lassen. Das teilte der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten, Krankenkassen und

Krankenhäusern mit. Eine Wiederauflage der Sonderregelung sei je nach Pandemiegeschehen aber möglich. Sollten die Coronafallzahlen in den kommenden Monaten wieder steigen, könne die Regelung für bestimmte Regionen oder bei Bedarf auch bundesweit wieder aktiviert werden, hieß es aus dem Bundesausschuss. ([Spiegel Online](#))

Steuerreform für mittlere Einkommen?

Eine Steuerreform von Bürgern mit mittlerem und niedrigem Einkommen hat Bundesfinanzminister Christian Lindner vorgeschlagen. Im kommenden Jahr sollten Lohn- und Einkommenssteuer gesenkt werden, sagte der FDP-Chef in Berlin. Lindner zufolge sei sein Vorschlag ein Gegenvorschlag zum von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ins Spiel gebrachten „sozialen Klimageld“ für Bürger mit einem Einkommen bis 4000 Euro brutto im Monat. Lindner bekräftigte außerdem, dass er 2023 zur Schuldenbremse zurückkehren will – trotz der immens gestiegenen Ausgaben im Zuge von Pandemie, des Ukraine-Kriegs und steigender Energiekosten. ([Zeit Online](#))